



Landtag Nordrhein-Westfalen

Ralf Witzel MdL

Stellvertretender Vorsitzender
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25. November 2016

PRESSEINFORMATION

Einzelhandel soll über Sonntagsöffnung selbst entscheiden: Witzel für weitgehende Lockerungen beim Verkaufsverbot

Angesichts der aktuellen Auseinandersetzung zwischen Einzelhändlern und Ordnungsamt in der Stadt Essen über die Möglichkeit zur Durchführung von verkaufsoffenen Sonntagen im kommenden Jahr meldet sich nun der Essener FDP-Parteivorsitzende und Landtagsabgeordnete Ralf Witzel mit der wohl am weitesten gehenden Forderung in der Debatte zu Wort: „Die Freien Demokraten möchten das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen grundsätzlich aufheben.“ So steht es im Wahlprogramm der FDP zur Landtagswahl, das soeben am letzten Wochenende beschlossen wurde.

Seit Jahren ist zu beobachten, daß es für die Werbegemeinschaften als Ausrichter der sonntäglichen Events immer schwieriger wird, verkaufsoffene Sonn- und Feiertage mit Rahmenprogrammen rechtssicher zu veranstalten. Selbst traditionsreiche verkaufsoffene Sonntage wie beispielsweise in Rütterscheid könnten schon bald nicht mehr stattfinden – entweder indem sie nicht mehr genehmigt werden, oder weil Verdi bereits mit Klagen droht. Grund des Übels ist der sogenannte Anlaßbezug im Ladenöffnungsgesetz, der als Voraussetzung für eine Sonntagsöffnung ein relevantes Sonderereignis wie einen Markt oder ein Fest voraussetzt, was mit hohen Anforderungen und Dokumentationen verbunden ist.

„Da diese Frage regelmäßig zu Diskussionen zwischen Befürwortern und Gegnern von verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen führt, schlagen wir vor, daß der Einzelhandel vollumfänglich über die Öffnungszeiten auch an Sonntagen selbst entscheiden soll. Wir machen der Stadt Essen keinen Vorwurf für ihre rechtliche Prüfung, wir müssen das Landesrecht zeitnah entbürokratisieren“, erläutert Witzel. Es sei unfair, den stationären Handel vor Ort gegenüber der rund um die Uhr präsenten Onlinekonkurrenz weiter von staatlicher Seite zu benachteiligen.